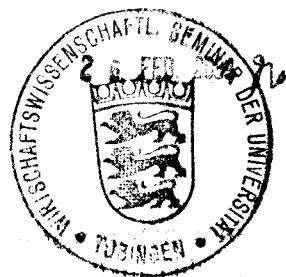


# STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden 2643

Arb.Nr. II/7/27

Erschienen im Dezember 1955

1  
3 C 1 IV e

## **Die Kostenstruktur der Zahnärzte und Dentisten in West-Berlin**

**Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 1950**

**Die Kostenstruktur der Zahnärzte und Dentisten  
in West-Berlin**

**Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 1950**

## Inhalt

	Seite
Vorbemerkung .....	3
I. Grundlagen und Methoden der Erhebung	
1. Erhebungszweck .....	5
2. Gesetzliche Grundlagen .....	5
3. Erhebungseinheit und Erhebungsmerkmale .....	5
4. Durchführung der Erhebung und Aufbereitung des Erhebungsmaterials .....	5
5. Repräsentation .....	5
II. Aufbau und Inhalt der Tabelle	
Einnahmen, Kosten und Reinertrag 1950 .....	6
Beschäftigte Personen – Einnahmen – Material, Apotheke, fremdes Labor – Personalkosten – Miete – Verrechnungsspesen, Verbandsbeiträge, Berufsbildung – Praxisversicherungen – Schuldzinsen – Abschreibungen – Sonstige Kosten – Reinertrag – Posten des Jahresabschlusses	
III. Ergebnistabelle	
Einnahmen, Kosten und Reinertrag 1950 .....	7

## Vorbemerkung

Die Kostenstrukturerhebung 1950 wurde für West-Berlin in gleicher Weise wie für das Bundesgebiet durchgeführt. Die Ergebnisse können der Öffentlichkeit aus verschiedenen Gründen nicht ohne einschränkende Vorbemerkungen bekanntgegeben werden. Zunächst ist zu beachten, daß sich darin die besondere politische und wirtschaftliche Lage West-Berlins im Jahre 1950 widerspiegelt, und daß seitdem in vielen Zweigen wesentliche Änderungen eingetreten sind, die sich auch auf das Verhältnis der Kosten zum Produktionswert, zum wirtschaftlichen Umsatz bzw. zu den Einnahmen auswirken. Im übrigen konnte aus vielen Wirtschaftszweigen leider nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Unternehmungen erfaßt werden.

Eingehende Erörterungen der Ergebnisse mit dem Statistischen Landesamt Berlin, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Verbänden der Wirtschaft und der freien Berufe führten zu dem Entschluß, sie trotz mancher Bedenken zu veröffentlichen, weil sie immerhin wertvolle Aufschlüsse über die Struktur und die besondere Lage der Berliner Wirtschaft im Jahre 1950 vermitteln.

Die Veröffentlichung erfolgt in sieben nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Statistischen Berichten:

Arb.Nr.

11/7/21 Industrie

22 Handwerk

23 Großhandel

24 Einzelhandel

25 Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

26 Verkehrsgewerbe

27 Zahnärzte und Dentisten.

Für das Bundesgebiet werden die entsprechenden Ergebnisse in der Reihe „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Band 49, in folgenden einzeln käuflichen Heften veröffentlicht:

Heft 1 Industrie

„ 2 Handwerk

„ 3 Großhandel und Verlagsgewerbe

„ 4 Einzelhandel

„ 5 Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

„ 6 Verkehrsgewerbe

„ 7 Ärzte und Zahnärzte.

Das durch die Erhebung gewonnene Zahlenmaterial ist in den Tabellen nur unter einigen besonders wichtig erscheinenden Gesichtspunkten durch Bildung von Verhältnis- und Beziehungszahlen rechnerisch ausgewertet worden. Es bietet darüber hinaus noch viele Möglichkeiten einer weitergehenden und tiefer in die Einzelheiten vordringenden Untersuchung der Betriebsstruktur in den einzelnen Wirtschaftszweigen.

# I. Grundlagen und Methoden der Erhebung

## 1. Erhebungszweck

Die Kostenstrukturhebung 1950, deren Ergebnisse für die Zahnärzte und Dentisten in West-Berlin im vorliegenden Bericht veröffentlicht werden, wurde hauptsächlich durchgeführt, um die Unterlagen für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zu vervollständigen und zu verbessern<sup>1)</sup>. Die Ergebnisse geben darüber hinaus einen Einblick in die Vielfältigkeit der Struktur der Unternehmungen in allen wichtigen Wirtschaftszweigen sowie ein Bild von der Kosten- und Ertragslage in ausgewählten freien Berufen.

## 2. Gesetzliche Grundlagen

Das Berliner Volkszählungsgesetz vom 30. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin I, S. 383) sieht in § 2, Absatz 2 vor, daß das für die Bundesrepublik erlassene Volkszählungsgesetz vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335 ff.) auch für Groß-Berlin gültig ist. Damit war die Grundlage für die Durchführung der Kostenstrukturhebung in West-Berlin entsprechend § 2 des letztgenannten Gesetzes gegeben, nach dem zur Ergänzung der Volkszählung u. a. eine Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten vorgenommen werden sollte.

Das Frageprogramm wurde in Ziff. II der Anlage 2 zum Volkszählungsgesetz (VZG) umrissen, wobei § 3, Abs. 3 des Gesetzes vorsah, daß die Fragen in ihrem Wortlaut geändert und weiter aufgegliedert werden konnten, soweit der Inhalt der Fragestellung hierdurch nicht berührt wurde.

Die Erhebung wurde gemäß § 3, Abs. 2 VZG auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Nach § 5 des Gesetzes bestand für die Kostenstrukturhebung keine Verpflichtung zur Auskunftserteilung.

Alle Angaben der Erhebung unterlagen den besonders strengen Geheimhaltungsvorschriften des § 10 VZG. Um jede mißbräuchliche Verwertung der Einzelangaben auszuschließen, wurde im Erhebungsbogen auf die Namensangabe der Zahnärzte und Dentisten verzichtet. Die Erhebungsbogen trugen lediglich eine Kennnummer. Berichtszeitraum war das Geschäftsjahr 1950.

## 3. Erhebungseinheit und Erhebungsmerkmale

Erhebungseinheit war die zahnärztliche Praxis. Erhebungsmerkmale waren in erster Linie die Kosten, gegliedert nach Kostenarten. Ferner wurden erfragt: die Einnahmen, gegliedert in umsatzsteuerpflichtige und umsatzsteuerfreie, der Stand des Inventar- und Kraftwagenkontos am 1. 1. 1950 und am 31. 12. 1950 sowie die Zugänge und Abschreibungen 1950, der Zeitpunkt der Praxiseröffnung (vor oder nach dem 1. 1. 1947) und die Zahl der in der Praxis im Durchschnitt des Kalenderjahres 1950 Beschäftigten (einschl. Praxisinhaber und mithelfende Familienangehörige).

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu Bartels, H.: „Das Programm der Kostenstrukturhebung“ in „Wirtschaft und Statistik“, 3. Jg., N. F., Heft 10, Okt. 1951, S. 382/385.

## 4. Durchführung

### der Erhebung und Aufbereitung des Erhebungsmaterials

Die Kostenstrukturhebung wurde vom Statistischen Bundesamt nach mehrmaliger Beratung in dem dazu gebildeten Fachausschuß, dem außer Vertretern der beteiligten Ministerien, der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes auch Vertreter der verschiedenen Bereiche der gewerblichen Wirtschaft sowie der Ärzte und Zahnärzte angehörten, sorgfältig vorbereitet. Der für die Zahnärzte und Dentisten in West-Berlin verwendete Erhebungsbogen stimmt mit dem für die Zahnärzte des Bundesgebietes 1950 verwendeten inhaltlich überein. Dazu wurden eingehende Ausfüllungsrichtlinien gegeben, um eine möglichst einheitliche Beantwortung der gestellten Fragen zu gewährleisten. Trotz der Uneinheitlichkeit und der häufig anzutreffenden Unzulänglichkeit der Buchführung bei den Zahnärzten und Dentisten kann damit gerechnet werden, daß dieses Ziel im ganzen erreicht worden ist.

Die Versendung der Erhebungsbogen erfolgte in West-Berlin durch das Statistische Landesamt nach einem Erhebungsplan, der eine hinreichende Erfassung der Zahnärzte und Dentisten in allen Größenklassen vorsah. Das Statistische Landesamt übernahm außerdem die Einziehung der Erhebungsbogen.

Insgesamt gingen 98 Erhebungsbogen ein, von denen vier wegen Unbrauchbarkeit ausgeschieden werden mußten, so daß insgesamt 94 Erhebungsbogen aufbereitet werden konnten.

Die Aufbereitung des Erhebungsmaterials erfolgte im Statistischen Bundesamt nach dem manuellen Verfahren.

## 5. Repräsentation

Als Anhaltspunkt für die erreichte Repräsentation kann das Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1950 dienen. Diese weist bei den Zahnärzten und Dentisten, die in der Wirtschaftsklasse 9924 der Systematik der Arbeitsstätten zusammengefaßt sind, insgesamt 1655 Praxen<sup>2)</sup> aus, die für 1949 einen Umsatz von rd. 22 345 000 DM gemeldet haben. Demgegenüber erzielten die von der Kostenstrukturhebung erfaßten 94 Praxen (Zahnärzte und Dentisten zusammen) für 1950 Einnahmen von insgesamt rd. 17 300 000 DM. Vergleicht man die jeweilige Anzahl der Praxen sowie die Umsätze bzw. Einnahmen miteinander, so erhält man für die Anzahl einen Repräsentationsgrad von 5,7 vH und für die Einnahmen einen solchen von 7,7 vH.

Wenn auch die so errechnete Quote gering erscheint, so ist doch festzustellen, daß die Praxen ein ziemlich einheitliches Kostenbild aufweisen, so daß die Repräsentation – auch nach Ansicht des Verbandes der Zahnärzte von West-Berlin – als ausreichend angesehen werden kann.

Von den 94 Praxen insgesamt entfallen auf die  
Zahnärzte: 46 Praxen mit rd. 9 352 500 DM Einnahmen  
Dentisten: 48 „ „ rd. 7 947 500 DM „ „

<sup>2)</sup> Es handelt sich hierbei um die erfaßten „Unternehmungen“ mit insgesamt 1717 Arbeitsstätten (vgl. „Berliner Statistik“, Sonderheft 21, S. 27).

## II. Aufbau und Inhalt der Tabelle

Im folgenden Abschnitt wird der Aufbau der Ergebnistabelle behandelt. Dabei werden die aufgeführten Positionen bzw. Begriffe erläutert, soweit sie nicht ohne weiteres verständlich sind.

Die Ergebnisse werden zum Teil als absolute Zahlen dargestellt, die sich teilweise auf die Gesamtheit der erfaßten Praxen beziehen und teilweise Durchschnittszahlen je erfaßte Praxis sind. Ein anderer Teil der Ergebnisse wurde als Verhältniszahlen (vH-Werte) – zumeist in vH der Einnahmen ausgedrückt – ausgewiesen. Im allgemeinen ist die einzelne Zahl auf die kleinste zur Darstellung kommende Einheit auf- oder abgerundet. Durch dieses Vorgehen können kleine Differenzen in den Summen entstehen.

Die Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit für das Jahr 1950 sind in umsatzsteuerpflichtige und umsatzsteuerfreie Einnahmen gegliedert. Umsatzsteuerpflichtig sind die Einnahmen aus Privatpraxis, während die Einnahmen aus Kassenpraxis umsatzsteuerfrei bleiben.

In der Position Material, Apotheke, fremdes Labor sind der Verbrauch von Verbandmaterial, Chemikalien, Desinfektionsmitteln, der sonstige laufende Praxisbedarf sowie die Aufwendungen für im fremden Labor ausgeführte Arbeiten enthalten.

Die beschäftigten Personen im Jahresdurchschnitt waren aus der Summe der Beschäftigten an den Monatsenden geteilt durch zwölf zu errechnen. Nur wenn nennenswerte Schwankungen der Beschäftigtenzahl während des Jahres nicht vorlagen, konnte nach den Richtlinien für die Ausfüllung des Erhebungsbogens der Durchschnitt aus der Beschäftigtenzahl zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres angegeben werden. Hierin sind sowohl die Praxisinhaber als auch die mithelfenden Familienangehörigen enthalten.

Als Kosten des Jahres 1950 waren die für die Praxis zu entrichtenden Beträge anzugeben. Es war in den Ausfüllungsrichtlinien ausdrücklich vermerkt, daß Aufwendungen für den privaten Haushalt auszuschalten waren.

Die Personalkosten, die mit den gesetzlichen und freiwilligen Sozialabgaben sowie den Honoraren für die Praxisvertretung in einer Position ausgewiesen werden, umfassen die Brutto- (Bar- und Sach-) bezüge der Arbeitnehmer. Die gewährten Sachbezüge waren mit dem Wert anzugeben, mit dem sie zum steuerpflichtigen Lohn gerechnet wurden.

Gesetzliche Sozialabgaben sind die Arbeitgeberanteile zur Pflichtversicherung (Kranken-, Angestellten-, Invaliden-, Arbeitslosenversicherung und dgl.). Zu den freiwilligen sozialen Aufwendungen rechnen u. a.:

- Umzugsvergütungen,
- Trennungschadigungen,
- Fahrtkostenersatz und Zuschüsse für Fahrten zu und von der Arbeitsstätte,
- Wegezeitschadigungen,
- Aufwendungen für zusätzliche Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenfürsorge,
- Sterbegelder und Aufwendungen bei Beisetzungen,
- Unterstützungen in Notfällen,

- Beiträge zum Einkauf von Arbeitnehmern in Unfall-, Lebens- und Rentenversicherungen,
- freiwillige Aufwendungen für Unfallverhütungen und Gesundheitsfürsorge,
- Studienbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen,
- Aufwendungen für Unterbringung und Wohnung des Personals, Mietbeihilfen und dgl.

Als Miete für Praxisräume war nur der Betrag einzusetzen, der für die Bereitstellung und Nutzung der Praxisräume zu zahlen war. Entsprechendes galt für die Pacht. Miete für Räume, die für den privaten Haushalt benutzt werden, waren hier nicht einzurechnen. Von den Zahnärzten und Dentisten, die ihre Praxis in eigenen Räumen ausüben, waren die anteiligen Hauskosten anzugeben (steuerliche Abschreibungen ohne Sonderabschreibungen gemäß § 7 b EStG, Instandhaltungskosten, Gebäudeversicherungsprämien, Grundsteuer, Gebühren und Beiträge, Hypotheken- und Grundschuldzinsen einschl. Zinsen für Umstellungsgrundschulden).

Bei den in einer Summe ausgewiesenen Verrechnungsspesen, Verbandsbeiträgen und Aufwendungen für die Berufsbildung sind auch die Regresse, soweit sie nicht bei den Einnahmen abgesetzt sind, enthalten. Zu den Verrechnungsspesen zählen die Abzüge der Verrechnungsstellen und Verwaltungskosten. Als Aufwendungen für die Berufsbildung waren die Kosten für Fachliteratur, Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen und dgl. anzugeben.

Die Praxisversicherungen beziehen sich auf die Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Diebstahlversicherung usw. Gebäudeversicherungen sind in den anteiligen Hauskosten verrechnet.

Bei den Schuldzinsen handelt es sich um Zinsen für die im Interesse der Praxis aufgenommenen Darlehen, die z. B. zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen oder zur Kapitalbeschaffung bei Praxisübernahme aufgenommen wurden, aber nicht um Hypotheken- und Grundschuldzinsen, die in den anteiligen Hauskosten (s. o.) abgegolten sind.

Die Abschreibungen auf bewegliche Anlagegüter stellen die steuerlichen Abschreibungen ohne Sonderabschreibungen jedoch einschl. der Hälfte der Sonderabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter dar.

Unter Sonstige Kosten fallen u. a. die Reparaturen von Einrichtungsgegenständen (nicht Gebäudereparaturen), ferner der Pauschbetrag für Betriebsausgaben bei Einkünften aus freier Berufstätigkeit gemäß § 38 EStDV.

Der Reinertrag wurde als Differenz zwischen den Einnahmen und der Summe der Kosten errechnet. Er schließt das Arbeitsentgelt für den Zahnarzt bzw. Dentisten und seine in der Praxis mithelfenden Familienangehörigen ein, ferner die Zinsen für das in der Praxis investierte Eigenkapital. Natürlich ist die durch die Erhebung nicht erfaßte Einkommensteuer mit ihren Nebensteuern und gegebenenfalls die Vermögensteuer davon noch nicht abgesetzt.

Am Schluß der Tabelle wird der Wert der Praxiseinrichtung und des etwa vorhandenen Kraftwagens – beide nach Abzug der steuerlichen Abschreibung nach § 7 EStG – im Durchschnitt aller in den einzelnen Größenklassen erfaßten Praxen ausgewiesen.

# Einnahmen, Kosten und Reinertrag 1950

	Einheit	Zahnärzte				Dentisten			
		Größenklasse nach den Einnahmen 1950 in DM							
		unter 10000	10000 bis unter 20000	20000 bis unter 30000	30000 und mehr	unter 10000	10000 bis unter 20000	20000 bis unter 30000	30000 und mehr
<b>I. Erfasste Zahnarztpraxen</b> ....	Anzahl	13	11	12	10	14	20	10	4
Von den erfassten Praxen waren									
1. Praxen mit den Eröffnungsjahren 1946 und früher ..	Anzahl	6	11	8	10	12	17	9	3
2. Praxen mit den Eröffnungsjahren 1947 und später...	Anzahl	7	—	4	—	2	3	1	1
<b>II. Beschäftigte Personen im Jahresdurchschnitt je Praxis</b>	Anzahl	1,5	1,8	2,8	2,9	1,2	1,9	3,2	4,5
<b>III. Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit</b>									
1. der erfassten Praxen insgesamt.....	DM	88585	172414	306347	367903	81633	286030	252895	174195
2. je Praxis.....	DM	6814	15674	25529	36790	5831	14301	25290	43549
Von den Einnahmen waren									
1. umsatzsteuerpflichtig ...	vH	28,8	27,4	27,0	30,1	24,4	26,8	20,3	21,8
2. umsatzsteuerfrei.....	vH	71,2	72,6	73,0	69,9	75,6	73,2	79,7	78,2
<b>IV. Kosten in vH der Einnahmen</b>									
1. Material, Apotheke, fremdes Labor .....	vH	15,8	21,8	23,7	20,2	14,0	15,2	17,1	15,6
2. Personalkosten, Sozialabgaben, Praxisvertretung ..	vH	7,6	9,5	13,6	16,3	1,0	10,6	17,3	21,9
3. Miete für Praxisräume bzw. anteilige Hauskosten im eigenen Haus .....	vH	12,7	7,1	5,8	3,3	10,2	7,7	5,0	2,0
4. Heizung, Strom, Gas ...	vH	3,7	3,1	2,9	2,5	5,9	3,7	2,7	1,8
5. Umsatzsteuer .....	vH	0,7	0,7	0,7	0,8	0,6	0,8	0,5	0,6
6. Verrechnungsspesen, Verbandsbeiträge, Berufsfortbildung .....	vH	1,8	1,6	1,3	1,4	2,8	1,0	1,5	1,0
7. Praxisversicherungen ...	vH	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2
8. Schuldzinsen <sup>1)</sup> .....	vH	0,3	—	—	0,1	—	—	0,2	—
9. Abschreibungen auf bewegliche Anlagegüter <sup>2)</sup> ..									
a) auf Praxiseinrichtung ..	vH	3,1	3,1	2,4	3,2	2,5	3,7	6,6 <sup>4)</sup>	2,6
b) auf Kraftfahrzeuge ..	vH	—	—	—	0,4	—	0,1	—	0,9
insgesamt (a und b) ..	vH	3,1	3,1	2,4	3,6	2,5	3,8	6,6	3,5
10. Praxismäsche .....	vH	1,4	1,6	1,2	1,4	1,8	1,5	1,4	1,2
11. Fahrgeld, Reisespesen ..	vH	0,8	1,4	0,8	1,0	0,3	0,8	0,5	0,6
12. Porto, Telefon, Büromaterial .....	vH	2,0	2,2	2,1	1,6	2,4	2,1	1,9	1,5
13. Sonstige Kosten .....	vH	3,6	5,0	4,2	5,4	4,9	7,2	7,7	8,7
14. Kosten insgesamt.....	vH	53,9	57,5	58,9	57,7	46,8	54,4	62,6	58,6
<b>V. Reinertrag</b>									
1. in vH der Einnahmen ...	vH	46,1	42,5	41,1	42,3	53,2	45,6	37,4	41,4
2. je Praxis.....	DM	3143	6659	10481	15569	3102	6522	9469	18006
<b>VI. Sonderabschreibungen für geringwertige Einrichtungsgegenstände je Praxis<sup>3)</sup> ....</b>	DM	8	126	177	549	19	201	366	607
<b>VII. Posten des Jahresabschlusses 1950 je Praxis</b>									
1. Praxiseinrichtung .....	DM	868	2329	3377	4238	881	2431	9081 <sup>4)</sup>	6375
2. Kraftwagen.....	DM	—	—	—	559	—	256	—	3324

<sup>1)</sup> Für im Interesse der Praxis aufgenommene Darlehen (z. B. zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, zur Kapitalbeschaffung bei Praxisübernahme), aber ohne Zinsen auf Hypotheken und Grundschulden. — <sup>2)</sup> Steuerliche Abschreibungen ohne Sonderabschreibungen gemäß § 7 a EStG, aber einschl. der Hälfte der Sonderabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter. — <sup>3)</sup> Voller Betrag (vgl. Fußnote 2). — <sup>4)</sup> Der besonders hohe Betrag in dieser Größenklasse dürfte durch Neuanschaffungen zu erklären sein.